



Colli rettet Mehrheit

Der Traum von einer **neuen Pension für Südtirols Babys** platzt im Landtag – weil Soziallandesrätin **Rosmarie Pamer** die Verantwortung nach Trient schiebt.



Debatte im Landtag:
„Massive demografische Verwerfungen“

von Matthias Kofler

Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis: Seit 1997 sieht ein Regionalgesetz die Einrichtung einer Expertenkommission zur Rentenproblematik vor. Diese soll nun – so die Ankündigung von Soziallandesrätin Rosmarie Pamer – „in Kürze“ ihre Arbeit aufnehmen. Mit diesem Verweis wischte sie einen Beschlussantrag des Team K vom Tisch. Dabei ging es um nicht weniger als die Frage, wie Altersarmut in Südtirol künftig verhindert werden soll. Maria Elisabeth Rieder wollte eine Debatte lostreten, die viele lieber vertagen: Was tun in einer Gesellschaft, die immer älter wird, immer weniger Kinder bekommt – und einem Rentensystem vertraut, das längst ächzt?

Der Vorschlag trägt den programmatischen Namen Generationenrente ab Geburt. Die Idee: Das Land zahlt jedem Neugeborenen ein Startkapital – 5.000 Euro – in

einen Fonds ein, der über Jahrzehnte hinweg breit gestreut veranlagt wird. Die lange Laufzeit soll Risiken abfedern und das Kapital bis zum Pensionsantritt deutlich wachsen lassen. Im Alter könnte das Geld als monatliche Rente, Einmalzahlung oder Mischform ausbezahlt werden. Ergänzend wären freiwillige Einzahlungen der Eltern und später Eigenbeiträge der Versicherten möglich. Verwaltet werden soll das Modell streng reguliert, etwa bei Pensplan. Rieder begründete den Vorstoß mit den „massiven demografischen und wirtschaftlichen Verwerfungen“, vor denen Südtirol stehe. Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte im Landtag. Zustimmung kam nicht nur aus den Reihen des Team K, sondern auch von PD und Freier Fraktion. Mehrere Abgeordnete warnten vor einem drohenden Rentenkollaps, vor steigender Altersarmut und davor, dass viele Menschen künftig gezwungen sein könnten, trotz Pension weiterzuarbeiten. Eine zusätzliche Vorsorge sei unverzichtbar – wie sie konkret ausge-

staltet werde, solle eine Expertengruppe klären.

Skepsis kam von rechts. Sven Knoll (STF) warnte davor, das klassische Generationenversprechen aufzukündigen und mahnte, bei aller Sorge um die Jugend die heutigen SeniorInnen nicht zu vergessen. Jürgen Wirth Anderlan (JWA) setzte einen weiteren Kontrapunkt und warnte davor, Zuwanderung über neue Sozialleistungen zu „belohnen“.

Soziallandesrätin Pamer erkannte zwar die Brisanz des Themas an, bremste aber entschieden. Die Zuständigkeit liege bei der Region, nicht beim Land. Zudem gebe es bereits Zusatzrentensysteme, einen Anmeldebonus für Neugeborene und – entscheidend – eine gesetzlich vorgesehene Expertengruppe auf regionaler Ebene, die nun eingesetzt werde. Damit sei der Antrag überflüssig.

„Ich warne davor, Zuwanderung über neue Sozialleistungen zu belohnen.“

Jürgen Wirth Anderlan

Gerade die präsentierten Zahlen zeigten, wie groß der Handlungsbedarf sei, zeigte sich Rieder enttäuscht. Südtirol dürfe die Verantwortung nicht nach Trient abschieben. „Mit einer Investition von lediglich 0,26 Prozent des Landeshaushalts hätte man eine echte Weichenstellung für kommende Generationen vornehmen können.“ Am Ende blieb ein politisches Patt. Der Antrag scheiterte mit 16 Ja und 16 Nein bei zwei Enthaltungen. Weil sich Landesrätin Ulli Mair enthielt, hätte die Opposition rechnerisch gewonnen – wäre nicht Andreas Colli der Regierungsseite mit einer Enthaltung zur Seite gesprungen.